



## **Analyse der Parlamentswahlen vom 12. April 2026 in Ungarn**

von Antonia Baraniuk und Bence Bauer

*23. April 2026*

Die Wahlen zur 10. Ungarischen Nationalversammlung vom 12. April 2026 stellen einen Einschnitt in der neueren politischen Geschichte des Landes dar: Erstmals seit 2010 gelang es einer Oppositionspartei, das seit sechzehn Jahren regierende Bündnis aus Fidesz und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) unter Ministerpräsident Viktor Orbán abzulösen. Dieser Erdrutschsieg besiegelte das Ende der Regierungszeit des Langzeitministerpräsidenten. Im Folgenden soll detailliert auf die Wahlergebnisse und auf die möglichen Gründe, die zur Abwahl von Viktor Orbán führten, eingegangen werden.

Strukturell war der Wahlkampf von einer bipolaren Dynamik geprägt. Dem etablierten Regierungslager der Fidesz-KDNP stand mit der Tisza-Partei unter Péter Magyar eine Gruppierung gegenüber, deren Gründungsgeschichte noch jung ist: 2020 von Attila Szabó und Boldizsár Deák in Eger ins Leben gerufen, blieb Tisza zunächst ohne nennenswerten politischen Einfluss und begann erst mit Magyars Beitritt im Frühjahr 2024, politische Relevanz zu erlangen. Im April 2024 wurde Péter Magyar zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, ehe er im Juli desselben Jahres den Parteivorsitz übernahm. Das Ergebnis der Europawahlen von vor zwei Jahren, bei dem Tisza aus dem Stand 30% der Stimmen und ein Drittel der ungarischen Mandate im Europäischen Parlament errang, sowie mehrere Meinungsumfragen im Vorfeld der diesjährigen Wahl, deuteten bereits darauf hin, dass das Parteiensystem vor einer substanziellen Verschiebung stehen würde – wie es dann auch kam.

### **Die Ergebnisse der Wahlen mit Rekordbeteiligung**

Am 12. April 2026 wählte Ungarn eine neue Volksvertretung. Von den 8.112.646 Stimmberechtigten machten 78,99% von ihrem Wahlrecht Gebrauch – eine Beteiligung, die jene der Parlamentswahl 2022 um nahezu neun Prozentpunkte übertraf und auf eine außergewöhnliche Wählermobilisierung hindeutet. Insgesamt 6.404.403 Personen beteiligten sich an der Wahl, hiervon stimmten 6.366.733 Menschen gültig ab, 37.670 Stimmen waren ungültig. Es votierten 6.324.862 für eine Liste einer politischen Partei, 41.871 für die Wahlvorschläge der autochthonen Minderheiten. Die erhöhte Wahlbeteiligung beschränkte sich dabei nicht auf Budapest und weitere urbane Zentren, denn auch in ländlichen Regionen verzeichneten die Wahllokale einen markanten Zustrom bislang politisch inaktiver Wählerinnen und Wähler.



Das Ergebnis fiel dabei klar und eindeutig aus. Die Tisza-Partei von Péter Magyar erzielte 53,18% der Stimmen (3.385.890 Stimmen) und gewann 96 der 106 Direktwahlkreise. Die Fidesz-KDNP kam auf 38,61% (2.458.337 Stimmen) und konnte lediglich zehn Direktmandate für sich behalten. Als einzige weitere Partei überwand die rechtsradikale *Mi Hazánk Mozgalom (Unsere Heimat Bewegung)* die Fünf-Prozent-Hürde mit 5,63% (358.372 Stimmen); Direktmandate errang sie jedoch keine. Den übrigen Parteien blieb der Parlamentseinzug verwehrt: Die *Demokratische Koalition (DK)*, die bislang mit 15 Abgeordneten im Parlament vertreten war, erhielt lediglich 1,10% (70.298 Stimmen) und auch die Satirepartei des *Zweischwänzigen Hundes (MKKP)* 0,82% (51.965 Stimmen) verzeichnet einen drastischen Rückgang gegenüber 2022.

Anders als in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden gelang es keiner der autochthonen Nationalitäten des Landes, darunter den Ungarndeutschen, die für einen Parlamentssitz erforderliche Hürde zu nehmen. Die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen verfehlte diese Marke deutlich: Mit 18.419 erzielten Stimmen blieb sie weit hinter den rund 26.712 Stimmen zurück, die für den privilegierten Mandatserwerb notwendig gewesen wären – dieser liegt bei einem Viertel der für ein reguläres Mandat erforderlichen Stimmen. Ebenso konnten die Roma nur 19.203 Stimmen auf sich versammeln. Beide Volksgruppen entsenden – wie auch die anderen 11 Nationalitäten – in Zukunft nur Sprecher in das Parlament, die zwar ein Rederecht, aber kein Stimmrecht haben. In den Monaten vor der Wahl waren die als konservative und ländliche Klientel wahrgenommenen Ungarndeutschen in den Fokus der politischen Auseinandersetzung geraten. Auch wurden ihre Wähler von verschiedenen Seiten dazu ermuntert, sich als eingetragene Nationalitätenwähler wieder von den Wahllisten austragen zu lassen, um einer Parteiliste den Vorzug zu geben. In Ungarn muss man sich nämlich entscheiden, ob man die Zweitstimme einer Nationalitätenliste gibt oder aber der Liste einer politischen Partei.

Die künftige Nationalversammlung wird damit ausschließlich von Parteien rechts der Mitte geprägt sein; linke, liberale und grüne Kräfte sind vollständig aus dem Parlament ausgeschieden. Einer gesonderten Betrachtung bedarf das Stimmverhalten der Auslandsungarn – jener ungarischen Staatsbürger ohne inländischen Wohnsitz, die per Briefwahl abstimmten. Von den insgesamt 335.595 auf diesem Weg gültig abgegebenen Stimmen entfielen 84,23% auf die Fidesz, ein Ergebnis, das das traditionell regierungsnah Wahlverhalten dieser Gruppe bestätigt (Fidesz: 282.666 Stimmen, Tisza: 46.363 Stimmen, Unsere Heimat: 4.859 Stimmen, Hundepartei: 1.176 Stimmen, DK: 531 Stimmen). Ein gegenläufiges Bild zeigte sich hingegen bei den 90.730 eingetragenen Wählern, die an ungarischen Konsulaten abstimmen und klar zugunsten von Tisza votierten – ein Hinweis auf die heterogene politische Zusammensetzung der im Ausland lebenden Ungarn. Während die außerhalb der Landesgrenzen lebenden Mitglieder der autochthonen ungarischen Minderheit eher der konservativen Fidesz ihre Stimme gaben, präferierten die jüngeren, vor allem aufgrund von Arbeitsmigration



im Ausland lebenden Ungarn die Tisza. Letztere gelten offiziell nicht als Auslandsungarn, solange sie ihren ungarischen Wohnsitz nicht aufgeben. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Briefwahl möglich, andernfalls muss das Konsulat zur persönlichen Stimmabgabe aufgesucht werden. Der Gesetzgeber geht in diesen Fällen davon aus, dass sich diese Gruppe nur vorübergehend im Ausland aufhält.

Eine Analyse der Wählerströme verdeutlicht, worauf sich der Sieg von Tisza letztlich zurückführen lässt. Experten schätzen, dass etwa 2,2 Millionen Stimmen aus dem früheren Oppositionslager stammen – darunter die Wählerschaften des damaligen Wahlbündnisses „Vereinte Opposition“, dem neben der DK auch Jobbik, Momentum, MSZP, LMP und Párbeszéd angehörten und das seinerzeit 1.947.331 Stimmen (34,44%) erreichte, wie auch mutmaßlich etwa 130.000 Stimmen der Hundepartei sowie in der Summe 100.000 Stimmen anderer Kleinparteien. Hinzu kamen rund 400.000 Stimmen ehemaliger Fidesz-Wähler sowie etwa 800.000 Stimmen von Erst- und Nichtwählern, die erstmals oder nach längerem Wahlverzicht an die Urnen traten. Als stille, aber nicht unerhebliche demografische Variable gilt zudem der Umstand, dass in den vergangenen vier Jahren viele Fidesz-Wähler verstorben sind, da in der Kohorte der älteren Mitbürger die bisherige Regierungspartei eine starke Wählerbasis hatte – ein Faktor, der die strukturelle Verschiebung im ungarischen Elektorat langfristig markiert. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften Fidesz auf diese Weise etwa 200.000 vormalige Wähler fehlen.

Eine Untersuchung der Wählergruppen zeigt, dass die Tisza vor allem bei jungen Leuten, Akademikern und Städtern punktet, doch auch in den bisher stark von Fidesz dominierten Kleinstädten und Dörfern enorm zulegen konnte. Dahingegen schrumpfte die elektorale Basis von Fidesz-KDNP auf eine vorwiegend ältere Landbevölkerung mit einem niedrigeren Grad an formaler Bildung zusammen. Zugleich verlor die Partei die intellektuelle Satisfaktionsfähigkeit und dadurch auch Unterstützer bei der eigentlich als bürgerliche Basis geltenden Mittelschicht, auf die die Partei in den Hochzeiten ihrer politischen Konjunktur immer hatte setzen können.

Der Erfolg der Tisza lässt sich letztlich auf drei entscheidende wahlarithmetische Faktoren zurückführen: erstens die Überwindung der parteipolitischen Fragmentierung, die das heterogene Oppositionslager bis dahin geschwächt hatte, zweitens die Mobilisierung von Bevölkerungsgruppen mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung – allen voran junger Erstwähler – und drittens die Abwerbung von bisherigen Wählern der Fidesz. Begünstigt wurde Tisza dabei auch durch das ungarische Mehrheitswahlrecht, das geschlossene Formationen strukturell bevorzugt. Da Tisza als einheitliche Kraft antrat und die Fidesz-Kandidaten in den Einzelwahlkreisen jeweils in direkten Zweikämpfen herausforderte, entfaltete dieses Systemmerkmal diesmal seine volle Wirkung zugunsten der Opposition.



## Warum scheiterte die Fidesz nach 16 Jahren?

Der Misserfolg von Fidesz an den Wahlen hat tiefgreifende strukturelle und inhaltliche Gründe und sollte nicht ausschließlich mit dem Wahlkampf erklärt werden. In einem demokratischen System ist es durchaus nicht ungewöhnlich, dass sich die Wähler nach 16 Jahren andere Persönlichkeiten an der Spitze der Regierung wünschen. Auch in Deutschland endeten die Amtszeiten der bedeutenden CDU-Kanzler jeweils nach vier Legislaturperioden. Nach ihrer jeweils vierten Wahl begann eine Agonie: Adenauer wurde nur für zwei Jahre zum Kanzler gewählt, Helmut Kohl vermochte seine letzte Wiederwahl 1994 nur knapp zu gewinnen, Angela Merkel gelang es monatelang nicht, eine Regierung zu bilden. Kaum war ihre letzte Regierung im März 2018 zusammengestellt, folgte ein erbitterter innerparteilicher Streit um die Migration. Im Herbst 2018 war die Kanzlerin nach dem Scheitern ihres Kandidaten für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitz sowie der verlorenen Wahl in Hessen derart angeschlagen, dass sie ihren CDU-Bundesvorsitz aufgab. Bei Viktor Orbán substantiierte sich diese Agonie innerhalb eines Wahlabends. Noch am späten Nachmittag auf der Höhe seiner Macht, musste er wenige Stunden später die größte Niederlage seiner bisherigen politischen Karriere erleben.

Nach 16-jähriger Regierungszeit kann Fidesz-KDNP eine gemischte Bilanz vorweisen. Positiv war eine familien- und unternehmensfreundliche Steuerpolitik, Reduktion der Staatsverschuldungsquote, eine deutlich gestiegene Beschäftigungsquote, eine Million neue Arbeitsplätze sowie die Positionierung Ungarns als attraktiver Investitionsstandort. Die Politik folgte der Devise, die Interessen der Landesbevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber hinaus sorgte die Regierung von Viktor Orbán mit der Migrationspolitik für ein Fundament zur Bewahrung der geistigen Grundlagen Europas und der ungarischen und europäischen Identität. Viele weitere Errungenschaften wie die Modernisierung der Infrastruktur, des Militärwesens oder öffentlicher Einrichtungen runden das Bild ab. Dass diese positiven Entwicklungen im Wahlkampf nicht überzeugten, verweist auf ein grundlegendes Problem: Wo das Vertrauen in die Integrität staatlicher Institutionen bereits erodiert ist, verlieren auch reale Leistungsausweise ihre Überzeugungskraft. Zudem kam, dass sich die Bevölkerung im System einer sie beschützenden öffentlichen Hand gut eingerichtet hatte. Die großzügigen Familienbeihilfen und Steuernachlässe, Eigenheimdarlehen und -boni, niedrige Energie- und Spritpreise wurden von der Bevölkerung als Dauerzustand begriffen. Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen – so auch der zuletzt von Orbán eingeführte Preisdeckel für Kraftstoffe als Reaktion auf den durch den Irankonflikt ausgelösten Ölpreisanstieg – entfalteten kaum mehr politische Zugkraft. Der Benzinpreis wurde auf 595 Forint (rund 1,65 Euro) und der Dieselpreis auf 615 Forint (rund 1,70 Euro) pro Liter begrenzt, zu einem Zeitpunkt, da in Deutschland der Liter Super die Zwei-Euro-Marke überschritt. Die Maßnahme hätte als wirtschaftspolitisches Signal durchaus Wirkung entfalten können, ging aber ins Leere.



Die guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Russland, die niedrige Energiepreise ermöglichten, wandten sich letztlich gegen Viktor Orbán selbst. Das Narrativ seiner angeblichen Russlandfreundschaft überdeckte diesen Sachzusammenhang. Erschwerend kam hinzu, dass in den europäischen und internationalen Debatten das Bild einer russlandfreundlichen ungarischen Regierungspolitik überwog und von vielen Akteuren bewusst in den Fokus gerückt wurde. Insbesondere belastete dieser Vorwurf die ungarisch-europäischen wie auch die deutsch-ungarischen Beziehungen schwer. In den von den westeuropäischen Ländern postulierten außenpolitischen Handlungsmaximen herrscht primär die Haltung einer wertebasierten und manchmal auch moralisierenden Außen- und Handelspolitik. In diesem Kontext hat die Ukraine als Opfer des russischen Aggressionskrieges einen besonderen Stellenwert. Pragmatische Überlegungen einer von nationalen Interessen geleiteten Handelspolitik – wie sie die ungarische Regierung bisher favorisierte – werden vor diesem Hintergrund abgelehnt, da sich mit dem Aggressor jedwede Kontakte verbieten.

Das Wahlergebnis vom 12. April 2026 lässt sich daher weniger als programmatische Entscheidung für eine alternative Regierungspolitik verstehen, denn als kumulativen Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Zustand des ungarischen Staates – gespeist von dem Wunsch nach Veränderung. Wirtschaftliche Stagnation, gestiegene Lebenshaltungskosten und Vetternwirtschaft sowie Korruptionsvorwürfe dürften die zentralen Triebkräfte dieser Wechselstimmung gewesen sein.

Trotz eines realen, inflationsbereinigten Lohnwachstums von fast 40% zwischen 2014 und 2024 und einer deutlich gesunkenen Arbeitslosenquote nahm die wirtschaftliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung zuletzt spürbar zu. Stark gestiegene Lebensmittelpreise minderten die Kaufkraftgewinne der Vorjahre. Verschärfend wirkte die europapolitische Isolation des Landes: Die EU hatte seit 2022 rund 17 Milliarden Euro an Fördergeldern aufgrund von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsstaatsverstößen und Korruptionsvorwürfen eingefroren; hinzu kamen Strafzahlungen infolge der anhaltenden Weigerung Budapests, EU-Migrationsrichtlinien umzusetzen. Diese Mittel fehlten nicht zuletzt für weitere öffentliche Investitionen, z. B. Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Infrastruktur – ein Zusammenhang, den die Opposition im Wahlkampf wirkungsvoll zu vermitteln wusste.



## Wahlkampfstrategien

Politische Analysten argumentieren, dass der strukturelle Vertrauensverlust in die Regierungspartei durch eine strategische Fehlausrichtung des Wahlkampfes weiter beschleunigt wurde. Der Fidesz-Slogan „A biztos választás“ – „die sichere Wahl“ – zielte darauf ab, die Verlässlichkeit der Lebensverhältnisse unter Orbán den Unsicherheiten, die mit einem Regierungswechsel einhergehen, gegenüberzustellen. Der offensichtlich an den erfolgreichen Adenauerschen Wahlkampf 1957 („Keine Experimente“) angelehnte Slogan hatte durchaus seine Berechtigung, übersah jedoch, dass der damalige deutsche Bundeskanzler nach acht Jahren Kanzlerschaft dieses Credo ausgab, Viktor Orbán im Jahre 2026 aber schon 16 Jahre ungarischer Ministerpräsident war. Der Wunsch nach Veränderung und die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, überwogen. Die Kampagne entfaltete damit kaum Zugkraft.

Stattdessen griff die Fidesz auf ihr vertrautestes, jedoch zunehmend wirkungsloses Wahlkampfinstrument zurück: die Beschwörung eines anti-ungarischen äußeren Feindes. An die Stelle des früheren Feindbilds George Soros traten nun der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky sowie EU-Repräsentanten wie Ursula von der Leyen und Manfred Weber. Magyar wurde auf Fidesz-Wahlplakaten zusammen mit Zelensky, der EU-Kommissionspräsidentin und dem EVP-Vorsitzenden abgebildet; ihm und seiner Partei wurde Kriegstreiberei vorgeworfen. Diese Darstellungen waren von ausgeprägter Schärfe und wurden durch persönliche Angriffe auf Magyars Privatleben ergänzt – ein Vorgehen, das in früheren Wahlkämpfen die Opposition destabilisierte, diesmal jedoch erfolglos blieb. Die Kanalisierung möglicher Unzufriedenheiten in der Bevölkerung auf eine äußere Bedrohung statt auf die eigene Regierung war sicherlich der Selbstcharakterisierung der Ungarn als rebellische Freiheitskämpfer geschuldet, die sich oftmals gegen vermeintliche Gefahren von oben oder außen wenden. Orbán drückte dies vor einiger Zeit folgendermaßen aus: „Wir regieren eigentlich so, dass wir [gegen Brüssel, Anm. der Verf.] opponieren.“

Das Scheitern dieser Strategie zeigt sich exemplarisch im Konflikt um die Druschba-Pipeline. Orbán warf der Ukraine vor, deren Reparatur systematisch zu verzögern, um eine Ölknappheit in Ungarn und damit eine Schwächung des Fidesz-Lagers herbeizuführen. Der Vorwurf der Regierungsseite an die Ukrainer war, sich mit dieser Lieferblockade in den ungarischen Wahlkampf einzumischen. In diesem Sachzusammenhang sind auch die entsprechenden Wahlkampfplakate zu verstehen, auf denen der ukrainische Präsident abgebildet war. Gut eine Woche nach der Parlamentswahl wurde die Pipeline wieder in Betrieb genommen.

Dem stand eine Tisza-Kampagne gegenüber, die auf einer strategisch konsequenten Ausrichtung beruhte. Magyar nutzte seinen Hintergrund als ehemaliges Fidesz-Mitglied als zentrales Glaubwürdigkeitsmerkmal: Mit dem öffentlichen Bruch mit dem Fidesz-Umfeld und der offenen Benennung struktureller Korruption und institutioneller Doppelmoral positionierte er sich als



Zeuge aus dem Inneren des Systems – und gewann damit eine Authentizität, die bisherigen Oppositionspolitikern verschlossen geblieben war. Sein Aufstieg erfolgte in einem unmittelbaren zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem als Begnadigungsaffäre bezeichneten politischen Skandal. Magyar kritisierte die problematische Entscheidung, an der sich selbst das Fidesz-Elektorat entzweite. Die konservative Regierungspartei, die sich den Schutz der Kinder und der Familien auf die Fahne geschrieben hatte, zog viele Kritiken auf sich, da sie in einer ihrer gesellschaftspolitischen Kernkompetenzen den Kompass zu verlieren schien.

Inhaltlich konzentrierte sich Magyar auf die Themen Antikorruption, institutionelle Erneuerung, europäische Annäherung und wirtschaftspolitische Neuausrichtung – und vermied dabei Positionen, die potenzielle Wähler aus dem früheren Fidesz-Lager hätten abschrecken können. In den beiden von Fidesz dominierten Themenfeldern – Ukrainekrieg und Migration – war Tizas Positionierung auf Anschlussfähigkeit ausgelegt: In der Migrationsfrage signalisierte Magyar eine dezidiert restriktive Haltung, die in Teilen sogar noch über die der bisherigen Regierung hinausging und die Beendigung der Gastarbeiterprogramme der Regierung von Viktor Orbán einschloss. In der Ukrainefrage wiederum bekannte er sich zu einem proeuropäischen Kurs, ohne jedoch Waffen zu liefern oder einen beschleunigten EU-Beitritt der Ukraine zu befürworten – eine Positionierung, die dem Kriegstreiberei-Narrativ der Fidesz den argumentativen Boden entzog.

Der Versuch, gerade in der letzten Phase des Wahlkampfes vor allem die außereuropäische Anerkennung für die Regierungsparteien – insbesondere durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump – als Motivationsschub zu nutzen, hat bei den Wählern und Anhängern wohl nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Die diesbezüglichen Bekundungen ausländischer Politiker zugunsten von Viktor Orbán waren wenig hilfreich und konnten die ungarischen Wähler kaum beeindrucken.

Ein weiterer Schlüsselfaktor war die vollständige Konsolidierung des Oppositionslagers. Die eher linksorientierte Wählerschaft der DK und der MKKP – beides Parteien, die dieses Mal an der Fünfprozenthürde scheiterten – wandte sich mehrheitlich und aus taktischen Erwägungen Magyar zu, obwohl seine programmatische Ausrichtung vielen von ihnen zu konservativ sein dürfte. Dass diese Bündelung diesmal gelang, ist erklärungsbedürftig: 2022 war das Wahlbündnis der „Vereinten Opposition“ an seiner inneren Fragmentierung gescheitert – einem Zusammenschluss ideologisch heterogener Parteien, dem eine gemeinsame Führung und ein kohärentes Profil fehlten. Tiza bot demgegenüber ein grundlegend anderes Bild: nicht als Bündnis, sondern als geschlossene politische Kraft mit einem klar erkennbaren Führungsanspruch und einem Profil, das über den bloßen Anti-Orbán-Konsens hinausreichte. Eben darin lag der entscheidende strukturelle Unterschied und die Voraussetzung dafür, dass taktisches Wahlverhalten diesmal in einem Ausmaß möglich war, das frühere Oppositionsformationen nicht zu erzeugen vermochten.



## **Perspektiven nach dem Machtwechsel**

Am 9. Mai 2026 wird die 10. Ungarische Nationalversammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten. An diesem Tag soll auch der neue Ministerpräsident gewählt werden. Dass Magyar die hierfür notwendige Unterstützung von mindestens 100 Abgeordneten auf sich vereinen wird, gilt als gesichert. Die Terminwahl ist dabei kein Zufall, sondern ein außenpolitisches Signal: Der Europatag als Datum der Amtsübernahme soll einen Bruch mit der konfrontativen EU-Haltung der Vorgängerregierung markieren.

Gleichwohl wäre es verfehlt, mit dem Regierungswechsel einen tiefgreifenden inhaltlichen Kurswechsel zu verbinden. Magyar ist ein konservativer Politiker mit politischen Wurzeln im Fidesz-Wertesystem, und auch die Tisza versteht sich als konservative Partei. Die in Brüssel und andernorts aufgeflamnte Euphorie über das Wahlergebnis dürfte sich daher an der kommenden Regierungspraxis zu messen haben. Welchen Kurs die neue Regierung einschlagen wird, verkündete Peter Magyar auf seiner ersten internationalen Pressekonferenz einen Tag nach der Wahl. Darin wird vor allem deutlich, dass es sich weniger um einen Bruch als um eine Neuakzentuierung mit einer neuen unbelasteten Regierungsmannschaft handeln dürfte. In der Ukrainefrage verurteilte Magyar den russischen Angriffskrieg und signalisierte damit eine Annäherung an die EU, ohne jedoch die wesentlichen Positionen der Vorgängerregierung aufzugeben: Waffenlieferungen lehnt auch er ab, ein beschleunigtes EU-Beitrittsverfahren für die Ukraine hält er für verfrüht, und über einen künftigen Beitritt soll das ungarische Volk in einer Volksabstimmung entscheiden. In der Energiepolitik soll die Abhängigkeit von russischen Lieferungen vorerst bestehen bleiben; Diversifikation wird zwar angestrebt, jedoch ohne den Verzicht auf kostengünstige russische Bezugsquellen. In der Migrationspolitik kündigte Magyar eine restriktive Linie an, die in Teilen sogar über die der Vorgängerregierung hinausgeht: neben der Ablehnung europäischer Umverteilungsmechanismen auch die Beendigung legaler nichteuropäischer Arbeitsmigration ab Juni 2026.

Der geplante Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft, die Einrichtung einer Behörde zur Vermögensrückgewinnung sowie die Freigabe der seit 2022 eingefrorenen EU-Fördermittel markieren einen pragmatischen Neuanfang gegenüber Brüssel – wenngleich Magyar auch hier Vorbehalte gegen Überregulierung und eine Neigung zu föderalistischen Tendenzen erkennen lässt. Für die Kurskorrektur auf europapolitischer Ebene stehen vor allem die unmittelbar nach seinem Wahlsieg aufgenommenen Verhandlungen mit einer hochrangigen EU-Delegation – noch vor dem offiziellen Amtsantritt. Im Zentrum der Gespräche steht hierbei die Freigabe der eingefrorenen Unionsgelder, wobei erheblicher Zeitdruck besteht: Rund zehn Milliarden Euro aus dem Corona-Wiederaufbaufonds drohen bis Ende August zu verfallen, sollte kein verbindlicher Umsetzungsfahrplan vereinbart werden. Die neue Regierung plant, unmittelbar nach Konstituierung des Parlaments im Mai die erforderlichen Gesetzespakete zu verabschieden – ein Vorhaben, das durch die errungene Zweidrittelmehrheit realistisch erscheint.



Inhaltlich konzentrieren sich die Verhandlungen auf 27 sogenannte „Super-Meilensteine“, darunter die Stärkung richterlicher Unabhängigkeit, die Einrichtung wirksamer Kontrollmechanismen gegen den Missbrauch öffentlicher Mittel sowie der angekündigte Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft. Die Finanzmärkte reagierten bereits positiv auf die veränderte politische Lage: Der Forint gewann gegenüber dem Euro an Wert, und die Risikoaufschläge für ungarische Staatsanleihen gingen leicht zurück. Magyar sieht in der Rückgewinnung der Unionsgelder den wichtigsten Hebel zur Bekämpfung der Inflation und zur Modernisierung von Infrastruktur und Gesundheitsversorgung.

Auf der Pressekonferenz am 13. April betonte er abermals, dass innenpolitisch Korruption und Vetternwirtschaft bekämpft werden sollen, und kündigte im Zuge dessen bereits weitreichende personelle Konsequenzen an: Rücktrittsaufforderungen ergingen an den Staatspräsidenten, den Präsidenten des Verfassungsgerichts, den Generalstaatsanwalt sowie weitere Amtsträger zentraler Kontrollorgane – und das noch vor Ablauf ihrer regulären Amtszeit. Daneben setzt er sich für eine Amtszeitbegrenzung der Position des Ministerpräsidenten auf zwei Legislaturperioden sowie für eine komplette Umstrukturierung des Staatsfernsehens ein. Auch als regierungsnah geltende Bildungs- und Forschungsinstitutionen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Exemplarisch hierfür steht das Mathias Corvinus Collegium, dessen künftige Ausgestaltung und Finanzierung unter der neuen Regierung noch ungeklärt ist – mit unmittelbaren Konsequenzen für die rund 8.000 dort eingeschriebenen Schüler und Studenten. Der Regierungswechsel wird damit nicht nur auf institutioneller und politischer Ebene spürbar, sondern auch im Bildungsbereich, wo staatlich geförderte Strukturen, die unter Fidesz gezielt ausgebaut wurden, nun einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden dürften.

Péter Magyar bestätigte, dass das Kabinett voraussichtlich 16 Minister umfassen werde, und betonte, dass es sich dabei um keinen aufgeblähten Regierungsapparat handele – zumal es in einzelnen früheren Regierungen, z. B. unter dem ersten demokratisch gewählten ungarischen Ministerpräsidenten József Antall, mehr Ressorts gegeben habe. Zugleich kündigte er an, auf hierarchisch herausgehobene Spitzenministerien zu verzichten – ein deutlicher Hinweis auf einen anderen Führungsstil als den seines Vorgängers. Sieben Ministerien gab Magyar bereits bekannt. Die Personalauswahl folgt dabei einem erkennbaren Muster: Magyar setzt überwiegend auf Fachleute aus Wirtschaft, Verwaltung und Militär – Persönlichkeiten mit praktischer Expertise, die zugleich über eine gewisse Distanz zum politischen Betrieb verfügen.

Als Finanzminister ist András Kármán vorgesehen, der zwischen 2010 und 2011 als Staatssekretär für Steuern und Finanzregulierung im Ministerium für Volkswirtschaft tätig war und damit über Erfahrung im Schnittpunkt von Fiskal- und Wirtschaftspolitik verfügen dürfte. Das Ministerium für Wirtschaft und Energie soll István Kapitány übernehmen, ein Energiemanager mit internationaler Karriere: Von 2014 bis 2024 war er als Global Executive Vice President bei Shell



tätig, zuvor als Präsident von Shell Ungarn sowie als Präsident von Shell Commercial Fuels and Lubricants für Amerika. Außenministerin wird Anita Orbán, die zwischen 2010 und 2015 als Botschafterin im Rang einer Sonderbeauftragten für Energiesicherheit im Außenministerium wirkte und zuletzt als stellvertretende Geschäftsführerin von One Hungary tätig war. Den Posten des Gesundheitsministers übernimmt der Orthopäde Zsolt Hegedűs – eine Berufung aus der medizinischen Praxis, die den erklärten Reformwillen im Gesundheitswesen unterstreichen soll. Als Verteidigungsminister ist Romulusz Ruszin-Szendi vorgesehen, der zwischen 2021 und 2023 als Chef des Generalstabs diente und damit militärische Führungserfahrung auf höchster Ebene mitbringt. Das neu zugeschnittene Ressort für Lebensumwelt soll László Gajdos leiten, der seit 1996 als Direktor des Zoos Nyíregyháza tätig ist. Szabolcs Bóna schließlich, dem das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung übertragen werden soll, ist ein renommierter Landwirt: 2022 wurde er als Viehzüchter des Jahres ausgezeichnet, 2024 erhielt er den Preis für nachhaltige Landwirtschaft. Bálint Ruff soll Minister im Amt des Ministerpräsidenten werden. Zuvor war er als politischer Experte in den Bereichen Strategieanalyse und politische Kommunikation aktiv. Er war an der Organisation der Oppositionskoalition 2022 beteiligt. Von Mai 2023 bis April 2026 war er Moderator der Sendung „Vétó“ des Onlinemedium Partizán. Viktória Lőrincz wird Ministerin für Räumliche und Ländliche Entwicklung. Bis zu ihrer Kandidatur für die Ungarische Nationalversammlung arbeitete sie als Rechtsreferendarin in einer Anwaltskanzlei in Kaposvár. Ihre politische Erfahrung beschränkt sich auf eine letztlich erfolglose Bürgermeisterkandidatur in der Kleinstadt Kádárkút im Jahr 2024. Die parlamentarische Bestätigung der Ministerinnen und Minister steht indes noch aus. Die personelle Besetzung der übrigen Ressorts dürfte in den kommenden Tagen vor der konstituierenden Sitzung bekanntgegeben werden. Péter Magyar hatte zuvor angekündigt, dass die stellvertretende Vorsitzende der Tisza-Partei, Ágnes Forsthoffer, für das Amt der Parlamentspräsidentin nominiert wird. In einem Post auf der Social Media Plattform X würdigte Magyar die Berufung der Hotel- und Tourismusunternehmerin als Signal für eine neue politische Kultur. Andrea Bujdosó soll Fraktionsvorsitzende werden.

Die größte Herausforderung der neuen Regierung ist die heterogene Zusammensetzung ihrer Wähler, aber auch ihrer Anhängerschaft: Neben überzeugten Proeuropäern und Linken finden sich ehemalige Fidesz-Unterstützer. Programmatische Zugeständnisse an eine dieser Gruppen sind immer mit dem Risiko behaftet, eine andere zu enttäuschen. Gelingt es Magyar, diesen Spagat zu bewältigen, könnte Tisza die Fidesz längerfristig schwächen. Das Interesse von Tisza dürfte sein, durch eine asymmetrische Demobilisierung à la Merkel die Grundanliegen der bürgerlichen Wähler von Fidesz zu befriedigen. Eine Strategie, sich als bessere, unverbrauchte Fidesz zu positionieren, hat dann ihre Daseinsberechtigung, wenn der gesellschaftliche Friede, der Konsens und die Integration der bisherigen Fidesz-Wähler gelingt. Scheitert diese jedoch, droht nicht nur eine rasche Erosion des Vertrauens jener Wähler, die in Péter Magyar vor



allem den Garanten eines politischen Neubeginns sahen – es würde zugleich die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Fidesz schaffen, die eine enttäuschte Wählerschaft leicht für sich zu mobilisieren verstünde.

Für die Fidesz bedeutet das Wahlergebnis allemal eine Zäsur, deren Überwindung erhebliche innerparteiliche Erneuerungsleistungen erfordern wird. Viktor Orbáns Ankündigung, die gesamte Fraktionsstruktur neu aufzustellen, lässt jedoch erkennen, dass seitens der Partei nicht nur eine kritische Überprüfung der Kampagne, sondern auch der Politik der vergangenen Jahre erfolgen könnte. Ob eine solche Neuausrichtung gelingt, wie sie aussehen wird und welche Konsequenzen sie zeitigt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen. Jedenfalls zeigt sich in den Tagen nach der Wahl die auch international bekannte elektorale Tendenz, zum Sieger gehören zu wollen. Nach neuesten Umfragen von Medián erzielt Tisza in der Sonntagsfrage 66%, Fidesz nur noch 25%.



1. Tabelle: Detaillierte Ergebnisse der Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung 2026 (ohne Nationalitätenlisten)

<b>Parlamentswahlen 2026</b>	<b>Fidesz-KDNP</b>	<b>TISZA</b>	<b>Mi Hazánk</b>	<b>DK</b>	<b>MKKP</b>	<b>Sonstige*</b>
<b>Gesamtzahl der errungenen Mandate</b>	<b>52</b>	<b>141</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>davon Direktmandate in Einzelwahlkreisen</b>	<b>10</b>	<b>96</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>davon Listenmandate</b>	<b>42</b>	<b>45</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Gesamtzahl der Erststimmen	2.215.225	3.333.415	345.252	65.302	38.924	-
Gewinnerprämierung	14.009	1.132.103	0	0	0	0
Verliererkompensation	1.968.526	232.680	345.252	65.302	38.924	0
Summe von Gewinnerprämierung und Verliererkompensation	1.982.535	1.364.783	345.252	65.302	38.924	0
Zweitstimmen im Inland	2.175.671	3.339.527	353.513	69.767	50.789	-
Zweitstimmen im Ausland	282.666	46.363	4.859	531	1.176	-
<b>Gesamtzweitstimmenzahl</b>	<b>2.458.337</b>	<b>3.385.890</b>	<b>358.372</b>	<b>70.298</b>	<b>51.965</b>	-
Gesamtstimmzahl für die Mandatsverteilung nach d´Hondt (Summe aus Gesamtzweitstimmenzahl sowie der Summe von Gewinnerprämierung und Verliererkompensation)	4.440.872	4.750.673	703.624	-	-	-
<b>Prozentuale Ergebnisse der Zweitstimmen (nur Parteilisten)</b>	<b>38,61%</b>	<b>53,18%</b>	<b>5,63%</b>	-	-	-
<i>Hypothetische Listenmandatszahl ohne Stimmen der Auslandsungarn</i>	41	46	6	-	-	-
<i>Hypothetische Listenmandatszahl ohne Kompensationselemente</i>	37	51	5	-	-	-

\*Über die Liste der 13 autochthonen Nationalitäten zog kein Minderheitenabgeordneter in die Nationalversammlung ein.



<b>Berechnung der Mandate auf der Grundlage der in den Einzelwahlkreisen zusammengefassten Bruchstimmen – d'Hondt-Matrix</b>			
	<b>TISZA</b>	<b>Mi Hazánk</b>	<b>Fidesz-KDNP</b>
	45 Mandate	6 Mandate	42 Mandate
Stimme	4 750 673,00	703 624,00	4 440 872,00
Stimme / 2	2 375 336,50	351 812,00	2 220 436,00
Stimme / 3	1 583 557,67	234 541,33	1 480 290,67
Stimme / 4	1 187 668,25	175 906,00	1 110 218,00
Stimme / 5	950 134,60	140 724,80	888 174,40
Stimme / 6	791 778,83	117 270,67	740 145,33
Stimme / 7	678 667,57	100 517,71	634 410,29
Stimme / 8	593 834,13	87 953,00	555 109,00
Stimme / 9	527 852,56	78 180,44	493 430,22
Stimme / 10	475 067,30	70 362,40	444 087,20
Stimme / 11	431 879,36	63 965,82	403 715,64
Stimme / 12	395 889,42	58 635,33	370 072,67
Stimme / 13	365 436,38	54 124,92	341 605,54
Stimme / 14	339 333,79	50 258,86	317 205,14



Stimme / 15	316 711,53	46 908,27	296 058,13
Stimme / 16	296 917,06	43 976,50	277 554,50
Stimme / 17	279 451,35	41 389,65	261 227,76
Stimme / 18	263 926,28	39 090,22	246 715,11
Stimme / 19	250 035,42	37 032,84	233 730,11
Stimme / 20	237 533,65	35 181,20	222 043,60
Stimme / 21	226 222,52	33 505,90	211 470,10
Stimme / 22	215 939,68	31 982,91	201 857,82
Stimme / 23	206 551,00	30 592,35	193 081,39
Stimme / 24	197 944,71	29 317,67	185 036,33
Stimme / 25	190 026,92	28 144,96	177 634,88
Stimme / 26	182 718,19	27 062,46	170 802,77
Stimme / 27	175 950,85	26 060,15	164 476,74
Stimme / 28	169 666,89	25 129,43	158 602,57
Stimme / 29	163 816,31	24 262,90	153 133,52
Stimme / 30	158 355,77	23 454,13	148 029,07
Stimme / 31	153 247,52	22 697,55	143 253,94



Stimme / 32	148 458,53	21 988,25	138 777,25
Stimme / 33	143 959,79	21 321,94	134 571,88
Stimme / 34	139 725,68	20 694,82	130 613,88
Stimme / 35	135 733,51	20 103,54	126 882,06
Stimme / 36	131 963,14	19 545,11	123 357,56
Stimme / 37	128 396,57	19 016,86	120 023,57
Stimme / 38	125 017,71	18 516,42	116 865,05
Stimme / 39	121 812,13	18 041,64	113 868,51
Stimme / 40	118 766,83	17 590,60	111 021,80
Stimme / 41	115 870,07	17 161,56	108 313,95
Stimme / 42	113 111,26	16 752,95	105 735,05
Stimme / 43	110 480,77	16 363,35	103 276,09
Stimme / 44	107 969,84	15 991,45	100 928,91
Stimme / 45	105 570,51	15 636,09	98 686,04
Stimme / 46	103 275,50	15 296,17	96 540,70
Stimme / 47	101 078,15	14 970,72	94 486,64
Stimme / 48	98 972,35	14 658,83	92 518,17



Stimme / 49	96 952,51	14 359,67	90 630,04
Stimme / 50	95 013,46	14 072,48	88 817,44
Stimme / 51	93 150,45	13 796,55	87 075,92
Stimme / 52	91 359,10	13 531,23	85 401,38
Stimme / 53	89 635,34	13 275,92	83 790,04
Stimme / 54	87 975,43	13 030,07	82 238,37
Stimme / 55	86 375,87	12 793,16	80 743,13
Stimme / 56	84 833,45	12 564,71	79 301,29
Stimme / 57	83 345,14	12 344,28	77 910,04
Stimme / 58	81 908,16	12 131,45	76 566,76
Stimme / 59	80 519,88	11 925,83	75 269,02
Stimme / 60	79 177,88	11 727,07	74 014,53
Stimme / 61	77 879,89	11 534,82	72 801,18
Stimme / 62	76 623,76	11 348,77	71 626,97
Stimme / 63	75 407,51	11 168,63	70 490,03
Stimme / 64	74 229,27	10 994,13	69 388,63
Stimme / 65	73 087,28	10 824,98	68 321,11



Stimme / 66	71 979,89	10 660,97	67 285,94
Stimme / 67	70 905,57	10 501,85	66 281,67
Stimme / 68	69 862,84	10 347,41	65 306,94
Stimme / 69	68 850,33	10 197,45	64 360,46
Stimme / 70	67 866,76	10 051,77	63 441,03
Stimme / 71	66 910,89	9910,2	62 547,49
Stimme / 72	65 981,57	9772,56	61 678,78
Stimme / 73	65 077,71	9638,68	60 833,86
Stimme / 74	64 198,28	9508,43	60 011,78
Stimme / 75	63 342,31	9381,65	59 211,63
Stimme / 76	62 508,86	9258,21	58 432,53
Stimme / 77	61 697,05	9137,97	57 673,66
timme / 78	60 906,06	9020,82	56 934,26
Stimme / 79	60 135,10	8906,63	56 213,57
Stimme / 80	59 383,41	8795,3	55 510,90
Stimme / 81	58 650,28	8686,72	54 825,58
Stimme / 82	57 935,04	8580,78	54 156,98



Stimme / 83	57 237,02	8477,4	53 504,48
Stimme / 84	56 555,63	8376,48	52 867,52
Stimme / 85	55 890,27	8277,93	52 245,55
Stimme / 86	55 240,38	8181,67	51 638,05
Stimme / 87	54 605,44	8087,63	51 044,51
Stimme / 88	53 984,92	7995,73	50 464,45
Stimme / 89	53 378,35	7905,89	49 897,44
Stimme / 90	52 785,26	7818,04	49 343,02
Stimme / 91	52 205,20	7732,13	48 800,79
Stimme / 92	51 637,75	7648,09	48 270,35
Stimme / 93	51 082,51	7565,85	47 751,31
Quelle: Nationales Wahlamt, <a href="https://vtr.valasztas.hu/ogy2026/informaciok/orszagos-listas-mandatumok-szamitasa">https://vtr.valasztas.hu/ogy2026/informaciok/orszagos-listas-mandatumok-szamitasa</a> , abgerufen am 21.04.2026			